



## An den großen Rädern drehen!

### Höchstbeitragsgrenze in der Krankenversicherung abschaffen!

**Das Defizit der ÖGK soll auf Kosten der Pensionist:innen und Patient:innen saniert werden. Der ZVPÖ zeigt die Alternative.**

Nach den Bestimmungen des ASVG werden Bruttobezüge lediglich bis zu einer Höhe von derzeit €6.450 monatlich bzw. €90.300 jährlich zur Berechnung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge herangezogen. Für Bruttoeinkünfte, die darüber hinaus bezogen werden, zahlt der/die Erwerbstätige keinen Cent mehr in den Topf der Krankenversicherung ein.

Nach den veröffentlichten Zahlen der Lohnsteuerstatistik der Statistik

*Austria* profitieren rund 400.000 Menschen als unselbstständig Erwerbstätige von dieser gesetzlichen Beitragsbremse für die hohen Einkommen.

Die Abschaffung der Höchstbeitragsgrenze für Krankenversicherungsbeiträge der einkommensstärksten Beitragspflichtigen würde bei den unselbstständig Erwerbstätigen etwas mehr als 5% betreffen. Eine grobe Berechnung ergibt, dass rund €1,3 Mrd. mehr an Beiträgen zu heben wären. Wir vom ZVPÖ betrachten die isolierte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge für SeniorInnen als unsoziales und unsolidarisches Schrauben an den kleinen Rädchen im System, das zusätzlich eine erhebliche Mehrbelastung des Bundesbudgets auslösen wird.

**Arbeitgeber müssen ihre Beitragsrückstände bei der ÖGK bezahlen**

Allgemein sind die Beitragsrückstände der DienstgeberInnen bei der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse) 2024 auf satte 908 Millionen Euro gestiegen, bei einem für 2025 erwarteten Defizit von 900 Millionen Euro. Dabei ist das Nicht-Abführen vorgeschriebener Beiträge kein Kavaliers-, sondern ein Strafdelikt, das laut §153c Strafgesetzbuch klar geregelt ist: „Wer als Dienstgeber Beiträge eines Dienstnehmers zur Sozialversicherung dem berechtigten Versicherungsträger vorenthält, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen zu

» Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

» bestrafen“, so der genaue Wortlaut. „Es ist nicht einzusehen, dass die Versicherten mehrmals belastet werden, um die außer Kontrolle geratene Bilanz der ÖGK zu sanieren. Einerseits wurden ihnen die Sozialversicherungsbeiträge bereits vom Lohn abgezogen, andererseits werden Leistungen teurer oder gekürzt, sofern sie nicht überhaupt wegfallen“, kritisiert etwa der Obmann der Tiroler AK Zangerl (ÖVP).

## Solidarprinzip versus Verursacherprinzip

Im aktuellen Regierungsabkommen von SPÖ, NEOS und ÖVP wurde die Anhebung der Krankenversicherungsbeiträge für SeniorInnen von 5,1% auf 6% festgeschrieben. Begründet wird das damit, dass die steigende Zahl der SeniorInnen von Jahr zu Jahr mehr Sachleistungen der Krankenkassen beansprucht. Es wird hier also streng mit dem Verursacherprinzip argumentiert. Dabei wird aber vorsätzlich verdrängt, dass seit jeher das Solidarprinzip dem österreichischen Sozialversicherungssystem zu Grunde gelegt ist. Was hier nun als eine „geringfügige Anhebung“ vorgeschlagen wird, bedeutet allerdings real eine Steigerung des Krankenversicherungsbeitrages für jede/n einzelne/n SeniorIn um rund 17,5%.

In Österreich lag die Median-Bruttopension für Alterspensionen im Dezember 2023 bei €1.533, €2.202 für Männer, €1.154 für Frauen. Mit dieser Maßnahme steigt der finanzielle Druck auf die ärmere Hälfte der Pensionsbezieherinnen spürbar. Abfederungen in Bezug auf Medikamentenkosten-Zuzahlungen wurden zwar in Aussicht gestellt, man darf aber gespannt sein, welche Entlastungen real tatsächlich ins Recht gesetzt werden.

Außerdem – und darüber wird in dem Zusammenhang nicht öffentlich gesprochen: Der Bund muss, ist per Gesetz verpflichtet, aus dem Steuertopf für jeden Euro, der von der Bruttopension in die Krankenkassen abgeführt wird, zusätzlich Beträge über die sogenannten Hebesätze an die

**Das Solidarprinzip soll grundsätzlich dafür sorgen, dass die „breiten Schultern“, die mehr tragen können, auch mehr ins System beitragen müssen.**

## Bundesvorstand beruft den ZVPÖ-Bundestag nach Wien ein

Der ZVPÖ-Bundesvorstand hat bei seiner letzten Sitzung am 26. März 2025 statutengemäß beschlossen, den nächsten **Bundestag** unseres Verbandes für den **22. Oktober 2025** nach Wien einzuberufen.

Der Bundestag tritt laut Statut alle drei Jahre zusammen. Ihm obliegt, als höchstes Gremium unseres Verbandes, die Wahl des Bundesvorstandes, Bundesobmanns und seiner StellvertreterInnen, des Bundessekretärs, der Bundeskassierin, des Bundesarbeitsausschusses und der Bundeskontrolle.

Die Bezirks-, Orts- und Landesgruppen unseres Verbandes sind dazu aufgerufen, ihre Delegierten für den Bundestag zu wählen.

Der Bundesvorstand beauftragte den Bundesarbeitsausschuss, als Diskussionsgrundlage und Beschlussantrag eine **aktualisierte Fassung der „Leitlinien unseres Wirkens“** auszuarbeiten und für alle weiteren erforderlichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Vorbereitungen des Bundestages, die dafür erforderlichen Gespräche und Vorarbeiten aufzunehmen.

Krankenkassen zahlen. Das ist der logische „Sozialpartnerbeitrag“, für den der Bund haftet, weil für die PensionistInnen die korrespondierenden Beiträge der ehemaligen Arbeitgeber abhandengekommen sind. Für die

Krankenkassen (ÖGK, SVS [Sozialversicherung er Selbständigen] und BVA [Beamtenversicherungsanstalt]) wird künftig daraus ein Mehraufwand von rund 500 Millionen

Euro für den Finanzminister schlagend werden. Und das in Zeiten der dringenden Budgetsanierung!

Das Solidarprinzip soll grundsätzlich dafür sorgen, dass die „breiten

Schultern“, die mehr tragen können, auch mehr ins System beitragen müssen. Seit den 1980er Jahren wird diese Konzeption allerdings zunehmend als leistungsfeindlich diffamiert. Dass seit den 80er Jahren aber auch die Schere zwischen niedrigen und hohen Einkommen auch bei den unselbständig Erwerbstätigen immer weiter aufgegangen ist, wird konsequent ignoriert.

Die gesetzlich festgeschriebene Höchstbeitragsgrenze für die Krankenversicherung wird zwar jährlich adaptiert. Dennoch profitieren immer mehr Menschen in Österreich davon, dass sie im Vergleich zu ihren stetig steigenden Einkommen einen relativ immer kleineren Anteil für die gesetzliche Krankenversicherung beitragen müssen. ■

## 6 Tages-Busreise Elsass-Vogesen-Schwarzwald

**von 14. – 19. September 2025**

Inkludierte Leistungen: Busfahrt, 5 Nächtigungen/ Halbpension, lokale Reiseleitung in Straßburg sowie bei der Schwarzwald- und Vogesenrundfahrt, Bummelzug Colmar und Riquewihr, Bootfahrt Ill, Eintritte Colmar und Europäisches Parlament Straßburg, Mauten und Gebühren laut Programm

**Preis:** € 1.150,- im Doppelzimmer/ EZ-Zuschlag: € 230,-

**BusBahnAuto-Komplettschutz (Reiseversicherung):** € 77,- im DZ/ € 91,- im EZ

Bei Interesse ersuchen wir daher um **umgehende Anmeldung** (diese ist nur mit Anzahlung in Höhe von 20% des Gesamtpreises gültig) unter Tel. Nr. 01/2146573 oder per e-mail unter [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at)

Mindestteilnehmer 20 Personen/ maximale Teilnehmerzahl 30 Personen/ max. 9 EZ verfügbar,

**Anmeldeschluss:** 25.07.2025

**Die Pensionistin spricht**

# Gewalt gegen ältere Frauen

Rund um den diesjährigen 8. März (Internationalen Frauentag) ließ folgende Zahl aufhorchen: Von den 27 Frauen, die in Österreich im Jahr 2024 von ihren Partnern ermordet wurden, waren mehr als die Hälfte über 60 Jahre alt. Überraschend war diese Zahl, weil die mediale Berichterstattung nahelegt, dass nur jüngere Frauen Opfer von Femiziden werden. Das Leben älterer Frauen interessiert kaum.

Zum Thema meldeten sich mehrere ExpertInnen zu Wort:

Elisabeth Cinatl vom Verein *wendepunkt*, der ein Frauenhaus und eine Frauenberatungsstelle in Wr. Neustadt betreibt, führte aus, dass der mit der Pensionierung verbundene Wegfall der Lohnarbeit mit einem Statusverlust einhergeht, den manche Männer mit Aggressionen gegen die Partnerin kompensieren. Gewalt werde auch durch zunehmende Gebrechlichkeit oder schwere Erkrankungen einer\_eines der beiden Partner\_innen verstärkt.

Romeo Bissuti vom Vorstand des Dachverbands Burschen-, Männer- und Väterarbeit Österreich (DMÖ) verwies darauf, dass die knapperen finanziellen Mittel nach der Pensionierung und die ökonomische Abhängigkeit von Frauen eine erhöhte Gefahr für Gewalt in sich bergen. Präventionsprogramme sollen daher auch besonders die Gruppe älterer Männer ansprechen.

Maja Markanović-Riedl von den Autonomen Österreichischen Frauenhäusern wies darauf hin, dass über 50% der Opfer von Femiziden über 60 Jahre alt, davon aber nur etwa 2% der Bewohnerinnen von Frauenhäusern 60 plus sind.

## Geschlechtsspezifische Gewalt im Alter

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, weshalb geschlechtsspezifische Gewalt in Partnerschaften von älteren Menschen eine derart signifikante, aber unbeachtete Rolle spielt. Denn die Anzahl der Femizide in dieser Altersgruppe ist nur die Spitze eines Eisbergs und legt nahe, dass in den alltäglichen Beziehungen verschiedene Formen von Männergewalt gegen Frauen wirksam sind, lange bevor es zum Extremfall eines Mordes kommt.

Das Geschlechterrollenverständnis der Generation der über 60-Jährigen ist vielfach noch geprägt von ihren Eltern, die Faschismus und Krieg miterlebt und zumeist eine katholische Erziehung genossen haben. Sowohl das rechte als auch das christliche Weltbild sahen für Frauen eine ihrer Natur angeblich entspre-

chende „dienende“ Rolle ihren Männern gegenüber vor. Demnach bestanden die Aufgaben von Frauen der Nachkriegszeit in Kindererziehung, Haushaltsführung und Pflege alter und kranker Angehöriger. Heutige Pensionistinnen erinnern sich alle an ihre Mütter, die von ihren Vätern ökonomisch abhängig waren, deren einzige finanziellen Ressource die „Kinderbeihilfe“ war. Für alle darüberhinausgehenden Ausgaben musste der Familienernährer gnädig gestimmt werden. Ein Arrangement, das nachhaltig alle Beteiligten beschädigte. Waren Ehefrauen berufstätig, verdienten sie zwar ihr eigenes Geld, aber in der Regel weniger als der Partner, nicht zuletzt aufgrund von Unterbrechungen durch Geburten. Die Hausarbeit blieb ihnen trotzdem, auch wenn die Kinder erwachsen und aus dem Haus waren, gekocht, die Wohnung geputzt, die Wäsche gewaschen musste weiterhin werden, auch die des Mannes. So weit entfernt diese Arbeitsteilung klingen mag, ist sie auch heute übrigens nicht.

## Um 40% geringere Eigenpension von Frauen

Dieser über Generationen weitergereichten Aufgabenteilung liegt ein strukturelles Gewaltverhältnis zugrunde: Abhängige Frauen auf der einen Seite und Männer auf der anderen, die, um rundum versorgt zu sein, ihr Geld – mehr oder weniger gerne – teilen sollen. Den Mann ständig um Geld bitten zu müssen, ist erniedrigend und eines erwachsenen Menschen nicht würdig. Aber genau diese Situation ist in vielen traditionellen Ehen einzementiert. Das nämlich sind die konkreten Auswirkungen im Alltag, die sich

hinter Gender Pay Gap und Gender Pension Gap verbergen: die um über 40% geringere Eigenpension von Frauen etwa bedeutet genau das.

Gerecht wäre, Frauen hätten eine Eigenpension, von der sie leben könnten. Noch gerechter wäre, Sorgearbeit so zu vergesellschaften, dass alle, die sie leisten, auch davon leben können. Dafür zu sorgen, dass sie dies auch können, wäre Aufgabe der Politik. Damit wäre viel an Gewaltprävention getan, weil Abhängigkeitsverhältnisse strukturell überwunden wären. ■



Hilde Grammel

**Das Geschlechterrollenverständnis der Generation der über 60-Jährigen ist vielfach noch geprägt von ihren Eltern, die Faschismus und Krieg miterlebt und zumeist eine katholische Erziehung genossen haben.**

Hilde Grammel ist Mitglied im Bundesvorstand des ZVPÖ.

# Jetzt das Richtige tun!

## Bei Gesundheit und Pflege geht es ums Eingemachte

Rund 200 Baustellen werden im Gesundheitskapitel des „Regierungsübereinkommens 2025“ als Liste abgedruckt. Wenigstens kann man mit dieser Form der Darstellung einen deutlichen Eindruck gewinnen, was alles in den letzten 25 Jahren ungeklärt liegen geblieben ist.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses überlangen Spickzettels stand wohl weder fest, welche Person das neue Staatssekretariat verantworten soll, noch woher das zusätzliche Geld für diese Bauvorhaben kommen soll. Eines dürfte den Beteiligten, die jetzt das Richtige tun wollen, aber klar sein – das wird viel kosten! Und zwar bedeutend mehr, als bislang für Gesundheit und Pflege ausgegeben worden ist. Budgetnot und Budgetvorbehalte dürfen aber kein Grund sein, sich klar strukturierte Ziele zu setzen. Somit betrachten wir diese illustre Liste vorerst lediglich als Wunschzettel ans Christkind, solange das versprochene Doppelbudget 2025-2026 nicht veröffentlicht ist.

Bis sich nach der Budgetrede des Finanzministers die Nebel hoffentlich gelichtet haben werden, wollen wir vom ZVPÖ hier noch einmal daran erinnern, was wir uns von einer strukturierten Reform für die Bereiche Gesundheit- und Pflegeversorgung erwarten:

### Koordinierte Strukturplanung für Pflege und Gesundheit zentralisieren

Die Trennung von Pflege als Agenda des Sozialen und den Agenden der Gesundheitsversorgung ist widersinnig. Aus der Sicht des ZVPÖ muss die Bundeszielsteuerung im Ministerium endlich die gesicherte Rechtsgrundlage bekommen, die Herausforderungen der Hauskranken- und Langzeitpflege

in Zusammenschau mit der Spitalversorgung zu planen und zu beauftragen.

Die Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesländer Planungskompetenzen abgeben und bundesweit einheitlichen Standards bei den Betreuungsschlüsseln zustimmen. Niemand kann verstehen, warum bei dieser Gelegenheit der Daseinsvorsorge 10 verschieden Suppen gekocht werden!

### Analyse der Patientenpfade

Erst mit einer professionellen Analyse der Patientenpfade macht der Umbau der ambulanten Versorgungsstruktur wirklich Sinn. Der Aufbau der Primärversorgung im engen Verbund mit der Konzeption der vielschichtigen Betreuung und Pflege auf Gemeinde- und Bezirksebene steht und fällt mit dem Wissen über die tagtäglichen Bedarfe und die Wege, die die Menschen für ihre Gesundheitsvor- und -fürsorge zurücklegen müssen. Die professionelle Analyse der Patientenpfade kostet Geld – richtig viel Geld –, wenn diese Analyse als Dauermonitor betrieben wird. Das ist als wichtige Investition zu betrachten, die Doppelgleisigkeiten und langfristig enorme Kosten einspart.

### Ausbildungsoffensive

Die radikale Ausbildungsoffensive bei allen Berufsbildern im Bereich der umfassenden Versorgungsstruktur ist unumgänglich. Eingangsprüfungen auf universitärer Ebene müssen abgeschafft und Studienplätze ausgebaut werden. Das bedeutet aber auch attraktive Gehälter und Arbeitszeiten für mehr ÄrztInnen in der Basisversorgung, mehr diplomiertes Pflegepersonal, mehr SozialarbeiterInnen und PersonenbetreuerInnen. Die Attrakti-

vitätssteigerung aller Dienstleistungssparten kann nur gelingen, wenn auch die Transformation von deren Handlungskompetenzen erreicht werden kann. Das bedeutet ÄrztInnen und diplomiertes Pflegepersonal werden Kompetenzen abgeben und verantwortungsvoll weiterreichen müssen. Das ist im Ärztegesetz und im GuKG (Gesundheits- und Krankenpflegegesetz) zu regeln. Niemand kann mehr verstehen, warum weltweit außerhalb der Arztordination geimpft werden kann, nur in Österreich nicht!

### Stärkung der Gesundheitsbildung und Gesundheitsvorsorge

Prävention ist mehr als Impfprogramm und Vorsorgeuntersuchung! Für sinnvolle Aktivitäten einer lebenslangen Präventionsstrategie und Steigerung der sogenannten Gesundheitskompetenz ist die enorme Steigerung der bisherigen Ausgaben für Prävention erforderlich. Wir gehen davon aus, dass zumindest eine Verdreifachung der bisherigen Aufwendung eine Mindestforderung für diesen Bereich sein sollte. Das wäre eine kluge Investition, die sich langfristig rechnen wird.

### Die Finanzierung der öffentlichen Gesundheitsversorgung

Um das Bundesbudget zu entlasten, müssen bedeutend mehr Mittel – vor allem aus der stinkreichen Finanzwirtschaft – den öffentlichen Sozialversicherungen zugeführt werden. Die breiten Schultern, die mehr tragen können, müssen auch mehr beitragen. Die Abschaffung der Höchstbeitragsgrenze bei den Krankenkassen, das Heranziehen der gesamten Wertschöpfung in Österreich zur Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge sowie die ordentliche Besteuerung von mobilen und immobilen Kapitalien müssen zur Stärkung des Solidarprinzips rechtlich abgesichert werden. ■

Besuchen Sie unsere Website. Aktuelle Themen und Termine gibt's unter

[www.zvpoe.at](http://www.zvpoe.at)



## Ketzerische Gedanken zum Sparen auf Kosten von Frauen

Die einschlägigen Gazetten werden nicht müde, landauf, landab die Vorzüge des in schrittweiser Anhebung befindlichen Frauenpensionsantrittsalters anzupreisen. Unter all den Jubelrufen könnte glatt vergessen werden, dass dem Projekt die Sanierung der Staatsfinanzen zugrunde liegt, im Klartext: Sparen auf Kosten von Frauen. Wer nicht gearbeitet hat wie ein Mann, muss länger arbeiten, um trotzdem weniger Pension zu bekommen. Künftige Frauengenerationen werden sich also gut überlegen, ob sie überhaupt Sorgearbeit übernehmen oder nicht einfach eine männliche Erwerbsbiografie leben. Kinder bekommen dann die Frauen der Zugewanderten, detto pflegen diese die Alten und Kranken, genauso wie sie die Wohnungen putzen, die Wäsche erledigen u.v.a.m. Das alles machen sie oft unter prekären, nicht-sozialversicherten Verhältnissen, gegen Bares auf die Hand. Aber solange die migrantischen Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, wird sich daran auch nichts ändern. Sie bleiben die unsichtbaren und gleichzeitig verachteten Systemhalterinnen, ohne die nichts mehr geht. Jede andere Frau, die dies vermeiden kann, wird versuchen, dieser Abfolge von schlecht oder unbezahlten Arbeiten zu entkommen.

### „Was die spätere Pension der Frauen bringt“

So lautet der Titel eines Beitrags in der *Presse* vom März des Jahres. Genau, das ist die Frage, die die politisch Verantwortlichen interessiert, nicht etwa, was „die spätere Pension den Frauen bringt“. Gejubelt wird darin von ExpertInnen über die positiven Effekte der Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters. Es zeige sich bereits eine „wirklich deutliche Zunahme der Anzahl unselbstständig

beschäftigter Frauen“ (O-Ton Christine Mayrhuber, Wifo und Vorsitzende der Alterssicherungskommission). Die unselbstständige Erwerbstätigkeit 60-jähriger Frauen habe sich von 2023 auf 2024 nahezu verdoppelt. Ja eh, ist man versucht zu sagen, was bleibt den Frauen denn anderes übrig, wollen sie nicht mit Abschlügen in Pension gehen? Der Vorteil, den die Budgetsanierer sehen: Die betroffenen Frauen leisten länger Pensionsversicherungsbeiträge, der Bund muss aufgrund dessen weniger in die gesetzliche Pensionsversicherung zuschießen. Und auch die Wirtschaftskammer frohlockt: „Frauen über 60 sind nun endlich dort angekommen, wo sie der Arbeitsmarkt schon lang dringend braucht - in Beschäftigung“. Vom zweiten Arbeitsmarkt, den Frauen Zeit ihres Lebens immer bedienen, haben die Herrschaften offenbar noch nie etwas gehört. Was nicht weiter wundert, denn dort befinden sie sich ja nie.

Ein halbes Jahr, auch ein Jahr länger arbeiten verschmerzen noch viele. Diejenigen, die mit 60 bereits kaputt sind, halten sicher keine fünf weiteren Jahre durch. Für sie bleibt der Weg in die Arbeitslosigkeit und die Altersarmut. Fürsorge für die Schwächsten der Gesellschaft sieht anders aus! Besonders vor dem Hintergrund, dass im aktuellen Budget Milliardenausgaben für Rüstung vorgesehen sind. Aber diese Ausgaben sind ja „gute“, denn sie kurbeln Konjunktur und Wirtschaftswachstum an. Angesichts solcher Prioritätensetzungen fragt man sich, auf welchem Niveau der Zivilisiertheit wir uns eigentlich gerade befinden oder auf welches wir hinsteuern. Und ob man Wirtschaftswachstum nicht etwa auch mit einer Ökonomie für das Leben generieren kann. Könnte sich bitte darüber jemand mal den Kopf zerbrechen? ■



Die schwierige wirtschaftliche Lage sei eine enorme Herausforderung für das Budget. Man müsse die notwendigen Einsparungen so gestalten, dass sie für die Menschen nicht zu einem riesigen Problem würden.

Sozialministerin Korinna Schumann im Sozialausschuss des Nationalrats am 9.4.2025

In diesem Sinn bekannte sich Schumann auf der einen Seite zwar zur Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen, kündigte gleichzeitig aber Abfederungsmaßnahmen an. So sei vorgesehen, die Rezeptgebühr nächstes Jahr nicht an die Inflation anzupassen und den Rezeptgebührendeckel schrittweise von 2 % auf 1,5 % des Einkommens zu senken. Zudem sollen auch Arzneimittel, die nicht unter die Rezeptgebühr fallen, vom Deckel umfasst werden.

Ob den Worten der Ministerin auch entsprechende Taten folgen werden?



### Budgeteinsparungen durch höheres Pensionsantrittsalter zweifelhaft

Es ist naiv, zu glauben, dass die Erhöhung des Pensionsantrittsalters automatisch zu einer höheren Beschäftigung im selben Ausmaß führt. Vielmehr kann es dazu kommen, dass Betroffene arbeitslos werden oder den Arbeitsmarkt vollständig verlassen. Steigt die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit bei älteren Beschäftigten, erhöht dies auch die Kosten beim AMS oder bei der Gesundheitskasse. Aus gesamtstaatlicher Sicht macht es keinen Unterschied, wenn sich die Pensionsversicherung Ausgaben spart, das AMS dadurch aber mehr ausgeben muss.

Thomas Pilgerstorfer und Dennis Tamesberger, im A&W Blog der Arbeiterkammer

# AUS DEN BUNDESLÄNDERN

## Wien

**Sprechstunden in Wiener Bezirksgruppen:** (nur gegen Voranmeldung unter Tel. Nr. 01/ 2146573)

**Beratungszentrum 2 & 22:** Goethehof, 22. Bez., Schüttaustraße 1, jeden 2. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr.

**Leopoldstadt:** Praterstraße 54, 1. Stock, Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 13 Uhr, Klubnachmittag jeden ersten Montag im Monat von 14 bis 18 Uhr.

**Landstraße:** Baumgasse 29 – 31, jeden 1. Montag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

**Margareten:** Reinprechtsdorferstraße 6, jeden 1. Montag des Monats von 17-19 Uhr.

**Favoriten:** Pernersdorferhof, Troststraße 68-70 (Eingang um die Ecke Herzgasse 90). Sprechstage jeden 1. Dienstag im Monat von 17 – 18 Uhr.

**Simmering:** Hugogasse 8. Treffen finden jeweils jeden 2. Donnerstag des Monats von 15 – 17 Uhr statt

**Meidling:** Cothmanstraße 11, jeden 2. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr.

**Wien-West:** Drechslergasse 42, 1140 Wien, jeden ersten Mittwoch im Monat von 15 bis 18 Uhr.

**Donaustadt:** Wurmbrandgasse 17, jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr.

**Liesing-Atzgersdorf:** Terramaregasse 17/15/R1 (Club 23), jeden Dienstag ab 15 Uhr.

## Wiener Donnerstagwanderungen

Die Wanderungen finden **wöchentlich jeden Donnerstag** (Feiertage sind ausgenommen) statt. Die jeweiligen Treffpunkte und Ziele werden kurzfristig festgelegt und auf unserer homepage [www.zvpoe.at](http://www.zvpoe.at) unter der Rubrik **Ausflüge/Wandern** bekannt gegeben, versehen mit dem Vermerk (\*) leicht, (\*\*) mittel, (\*\*\*) schwer.

Nähere Auskünfte und Rückfragen sind auch telefonisch bei Kollegen **Werner Schütz** unter **0680/5069560** möglich.



## Niederösterreich

### Sprechstage:

**Brunn/Geb.:** jeweils an einem Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr beim Heurigen Hössl, 2345 Bunn/Gebirge, Wiener Straße 25. Nächster Termin: 05.06.2025

**Wr. Neustadt:** Wr. Neustadt, Kollonitschgasse 12., der nächste Termin wird auf unserer homepage veröffentlicht.

**Krems:** Beratung und Auskünfte in Pensions- und Sozialfragen unter der Tel. Nr. 01/ 2146573

**St. Pölten:** Beratungen und Auskünfte des ZVPÖ jeweils am letzten Donnerstag im Monat von 16 bis 17.30 Uhr in St. Pölten, Andreas Hoferstraße 4, 1.Stock (Eingang hofseitig).

**Fischamend:** Beratungstermin jeweils an einem Mittwoch ab 17 Uhr in Fischamend, Enzersdorferstraße 22. Aktuelle Termine und Informationen werden auf unserer homepage veröffentlicht.

## Steiermark

### Sprechstage:

**Kapfenberg:** Sprechstage und Zusammenkünfte jeden ersten Donnerstag im Monat ab 14 Uhr im „Franz Bair-Heim“, Feldgasse 8.

**St. Peter-Freienstein:** die Info-Stammtische finden jeweils am 2. Dienstag im Monat ab 14 Uhr im Freiensteinerhof statt.

**Leoben:** Die Sprechstunden finden jeden 2. Monat, immer am 3. Mittwoch des Monats ab 14.00 Uhr im „Gasthaus Hallodri“ in Donawitz statt.

**Graz:** Sprechstage Dienstag bis Donnerstag 10 bis 12 Uhr. Um Voranmeldung wird gebeten. Jeden Donnerstag ab 13 Uhr Zusammenkunft

**Steiermark:** Donnerstag, 26.06.2025 Ausflug Stainzer Flascherzug. Donnerstag, 14.08.2025 Ausflug Buschenschank

**ZVPÖ Eisenerz:** Dienstag, 03.06.2025 – Schlosserrundfahrt am Traunsee  
Donnerstag, 03.07.2025 – Ausflug Planneralm

im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus.

**Eisenerz:** Sprechstage jeden Montag von 09.00 – 12.00 Uhr in Eisenerz, Freiheitsplatz 1

## Oberösterreich

### Sprechstage:

**Linz Voest-Kleinmünchen:** zu unseren monatlichen Versammlungen treffen wir uns jeden ersten Mittwoch im Monat im Gasthaus Seimayr, Steinackerweg 8, ab 14 Uhr.

**Oberösterreich:** Treffen finden jeden letzten Montag im Monat in Linz, Melicharstraße 8 ab 15 Uhr statt. Beratungen sind gegen tel. Voranmeldung von 14 Uhr bis 15 Uhr möglich. Kontakt über Koll. Hans Kropiunik Tel. 06643127737

**Gruppe Oberösterreich:** Freitag, 06.06.2025 Ausflug nach Bad Goisern, Besuch der Ausstellung ‚Konrad Deubler‘. Samstag, 06.09.2025: Fahrt mit der Steyrtal Museumsbahn  
Nähere Informationen über Petra Hanke Tel. 0732299156, Mobil 067799029767

## Tirol

### Sprechstage:

Unsere Sprechstage finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr im Restaurant Urfam, Innsbruck, Gumpstraße 41, statt. Der nächste Termin ist am 05.06.2025.

## Salzburg

### Sprechstage:

Jeweils jeden 2. Dienstag im Monat von 15.00h – 18.00h in Salzburg, Elisabethstraße 11, e-mail: [stadt-salzburg@zvpoe.at](mailto:stadt-salzburg@zvpoe.at), Tel.Nr.: 0699/10646892

## Kärnten

### Sprechstage:

**Klagenfurt:** Sprechstage finden jeden Dienstag von 12 – 14 Uhr im Volxhaus, 9020 Klagenfurt, Südbahngürtel 24 statt. Voranmeldungen bitte unter Tel.: 0664/3275763 oder e-mail: [office.kr@zvpoe.at](mailto:office.kr@zvpoe.at)

**Villach:** Sprechtag jeden letzten Donnerstag im Monat ab 14.30h im Seniorenclub Arbeiterheim, Villach, Ludwig-Walter-Straße 29. Voranmeldungen bitte unter Telefon 0699/10073931 oder e-mail: office.kr@zvpoe.at  
 Donnerstag, 26.06.2025 Vortrag zum Thema „Selbstbehalte in der Sozialversicherung. Anschließend Gartenfest mit Grillerei

## Burgenland

### Sprechtag:

**Eisenstadt:** Sozialberatung und Beratung in Pensionsangelegenheiten. Vertraulich und kostenlos. Ab sofort jeden ersten Dienstag im Monat von 14 bis 16 Uhr, Eisenstadt, Hauptstraße 26/1.Stock. Telefonische Voranmeldung unter 0660-7689334 unbedingt erbeten.

## Vorarlberg

### Beratung:

Für Informationen und Fragen steht nachfolgende Telefonnummer und E-Mail-Adresse zur Verfügung: ZVPÖ Bundesleitung, Tel.: 01/214 65 73 oder e-mail zvpoe@aon.at



GELEAKT: GEHEIME MITSCHRIFTEN DER KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Wir danken unserer Kollegin **Poldi Kutalek** für ihren steten Einsatz in ihrer Bezirksorganisation sowie Ihre Unterstützung bei unseren Reisen und Veranstaltungen und **gratulieren ihr recht herzlich** zu Ihrem runden **Geburtstag!**

Bundesvorstand des ZVPÖ  
 Wiener Landesleitung des ZVPÖ



## Leicht und fein gekocht Gebackene Topfentorte



### Zutaten

#### Mürbteig:

250 g glattes Mehl  
 100 g Staubzucker  
 120 g Butter  
 1 Ei

#### Fülle:

200 g Butter  
 120 g Staubzucker  
 750 g cremigen Topfen  
 60 g Vanillepuddingpulver  
 100 g Kristallzucker  
 1 Packung Vanillezucker  
 8 Eier getrennt  
 Schale 1 Zitrone  
 Rum

### Zubereitung:

- Zutaten für den Mürbteig rasch zu einem glatten Teig verkneten und im Kühlschrank rasten lassen.
- Teig etwa 3 mm dünn ausrollen und eine Tortenform mit 26 cm Durchmesser damit auslegen.
- Eiklar mit dem Kristallzucker zu Schnee schlagen.
- Butter mit den restlichen Zutaten schaumig rühren und den Eischnee unter die Topfenmasse heben.
- Die Masse in die Form füllen und im vorgeheizten Backrohr bei 160° C etwa 30 Minuten backen.
- Mit Alufolie abdecken und weitere 60 Minuten backen.
- In der Form auskühlen lassen und mit Staubzucker bestreuen.

Gutes Gelingen und viel Spaß beim Nachkochen wünscht Kollegin Martina Höllisch aus Wien.

# WIR GRATULIEREN

Wir bitten die Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir infolge Platzmangels nicht alle Geburtstage veröffentlichen können. Wir gratulieren grundsätzlich vom 50. Geburtstag angefangen alle fünf Jahre, vom 80. Geburtstag aufwärts alljährlich, soweit diese Geburtstage von den Landesleitungen beziehungsweise den Ortsgruppen mitgeteilt werden. Aus Datenschutzgründen werden Altersangaben nur mehr in Ausnahmefällen veröffentlicht!

## Wien

- 2. Bezirk:** Dobritzhofer Karl, Schober Rudi  
**3. Bezirk:** Behrendt Elfriede, Dressel Veronika, Mende-Danneberg Bärbel, Münzel Katharina, Lang Werner, Kühböck Brigitte  
**10. Bezirk:** Michal Rudolf, Sedlak Hildegard, Woller Erna, Walenta Hilde, Ondrejovics Helmut, Schmöllerl Hanni  
**11. Bezirk:** Vallasik Eveline, Pekny Gerda, Pekny Ernst  
**12. Bezirk:** Wiener Christine, Ring Monika  
**13. Bezirk:** Hansmann Friederike  
**14. Bezirk:** Fleissner Peter  
**16. Bezirk:** Nolz Gertrude, Slezak Iselda, Nesvacil Erika, Thal Martha  
**20. Bezirk:** Rozsypalek Leopold, Stoss Herbert  
**21. Bezirk:** Nowotny Brigitte  
**22. Bezirk:** Grünwald Julia, Gaishofer Grete, Kandlbauer Edith, Stemmer Peter, Wallner Ernst, Korntheuer Irene, Wenzka Harald  
**23. Bezirk:** Rau Wilhelm, May Jutta, Windberger Alexandra, Felbab Günter, Träger Erwin, Suchy Inge, Podolsky Helene

## Steiermark

- Graz:** Baumann Erika, Baumann Alois, Baumann Juliane, Edlinger Ina, Glaser Ursula, Koch Roswitha, Krenn Raimund, Kunstek Stanislaus, Menhart Franz, Merkus Johann, Mooshammer Thomas, Mugele Bernd, Oster Dieter, Peklar Alois, Ponhold Anna, Scherübl Brigitte, Stevanecz Gottfried  
**Eisenerz:** Harrich Gertrude,  
**Rosental:** Pressler Erna  
**Judenburg:** Degold Erich  
**Langenwang:** Gruber Johann  
**Leoben:** Weber Werner, Kastner Tusnela, Herzog Aloisia  
**Judenburg:** Degold Erich  
**Kapfenberg:** Kreuzriegler Ida, Schober Katharina, Steinmüller Herbert, Vogel Peter, Groiss Adolf  
**Köflach:** Lahm Irmgard, Köpperl Elfi  
**St. Michael:** Marthy Margit  
**Fohnsdorf:** Diernberger Waltraud



## Niederösterreich

- Sollenu:** Kutalek Poldi  
**Brunn:** Tanzer Albert, Polak Karl, Cermak Julia, Neuhauser Maria  
**Hinterbrühl:** Brigovich Franz  
**Wr. Neustadt:** Auinger Rudolfine, Dornauer Fritz, Krumböck Elvira, Decker Edeltraud  
**Perchtoldsdorf:** Slavicek Karl, Dogl Johann  
**Krems:** Fleischhacker Anna, Hofer Walter, Kuttner Hertha, Mayer Elfriede  
**Ternitz:** Kral Elfriede, Ofner Ernestine  
**Gramatneusiedl:** Langstadlinger Leopold  
**Vösendorf:** Slehofer Walter  
**Maria Enzersdorf:** Polak Karl  
**Traiskirchen:** Küsser Maria  
**Hainburg:** Stinauer Margarethe  
**Theresienfeld:** Rieder Inge  
**Pyhra:** Pracher Anna Karin  
**St. Pölten:** Trglavcnik Dragica

## Oberösterreich

- Voest-Linz Kleinmünchen:** Gintner Ingeborg, Keplinger Edith, Müller Paula, Synka Angela, Wolkerstorfer Helga, Zoidl Helga  
**Gruppe OÖ:** Hofmann Werner, Knasmüller Josef

## Salzburg

- Salzburg:** Lienbacher Luise

## Kärnten

- Klagenfurt:** Graier Helga, Komatitsch Edeltraud, Lackner Elfriede, Nuck Elisabeth  
**Wölfnitz:** Kuchling Herta  
**Reigersdorf:** Felsberger Elisabeth  
**Friesach:** Vorreiter Gismar  
**St. Primus:** Muchitsch Karl  
**Rosenbach:** Aichholzer Anita  
**Villach:** Karittnig Sophie, Tscheinig Hermine  
**Fürnitz:** Karitnig Emil, Kazianka Thomas  
**Gödersdorf:** Lindner Trude  
**Finkenstein:** Oschounig Johann, Tonder Aloisia  
**Rosegg:** Wuzella Theresia  
**Pörschach:** Lassnig Katharina  
**Grades:** Knapp Julia  
**Hüttenberg:** Hebenstreit Petronella  
**Unterferlach:** Ulbing Sofia  
**Latschach:** Hofmann Anna  
**Schiefling/ See:** Ettl Anita

## Vorarlberg

- Hittisau:** Eberle Erwin  
**Egg:** Isenberg Günter  
**Schlins:** Kahlbacher Theresia  
**Hohenems:** Schelch Bernadette  
**Blons:** Schneider Erna  
**Mittelberg:** Schuster Renate  
**Damüls:** Türtscher Eduard  
**Gisingen:** Vonbun Erika  
**Hard:** Wirth Erich

# Barrierefrei wohnen – auch im Altbau

## Ein Recht auf angemessenen Wohnraum

Wir sind uns doch einig, altengerechtes Leben sollte so gestaltet sein, dass den Bedürfnissen älterer Menschen in allen Aspekten des Lebens Rechnung getragen wird. Dies reicht von einer barrierefreien Infrastruktur bis hin zu altersgerechten Wohnformen. Menschen, die nicht selbst davon betroffen sind, ist oft nicht bewusst, dass zahlreiche ältere Menschen in alten Häusern mit unsanierten Wohnungen leben, die nicht altersgerecht sind.

Gerade im Altbau treffen wir immer wieder auf Stiegenhäuser, die nicht barrierefrei sind. Oft sind Lifte und Aufzüge nur über Treppen erreichbar, Lifttüren ohne fremde Hilfe nur schwer zu öffnen. Es gibt Fälle, wo der Rollstuhl nicht in den Lift passt oder sich die Mitnahme eines Rollators im Aufzug schwierig gestaltet. Auch die im Altbau häufig anzutreffenden massiven und demnach schwer zu öffnenden Haustore stellen immer wieder eine kaum zu überwindende Barriere für auf Gehhilfen angewiesene Menschen dar.

Fehlt es hier an Begleitpersonen oder nachbarschaftlicher Hilfe, ist an ein Verlassen der Wohnung nicht mehr zu denken. Wird diese massiv eingeschränkte Mobilität zum Dauerzustand, bleibt den Betroffenen nur mehr der Wohnungswechsel. Ein äußerst schwieriges und mit Sicherheit sehr kostspieliges Unterfangen.

### Spekulanten scheren sich wenig um Bedürfnisse

Bei dem derzeit ungehemmten Spekulantentum im Immobilienbereich und den damit stetig steigenden Mietkosten bleibt für Menschen ohne finanzielle Reserven und ohne entsprechendes Einkommen leistbarer Wohnraum ein unerfüllbares Bedürfnis.

Dabei heißt es doch, jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, wie es in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozial-



**Barrierefreiheit auch in der privaten Immobilienwirtschaft gesetzlich verankern**

pakt) verbrieft ist. Dennoch werden am privaten Wohnungsmarkt MieterInnen wieder und wieder durch bewusstes Verfallen-Lassen der Wohnhäuser aus ihren Wohnungen gedrängt. Das ist eine illegale Schikane, die nur der Profitmaximierung reicher InvestorInnen dient. Hier muss von der Politik ein Riegel vorgeschoben werden.

Darum erachtet der ZVPÖ es als wichtige Aufgabe, bei Entscheidungen auf kommunalpolitischer Ebene immer wieder auf die Bedürfnisse älterer Menschen hinzuweisen, damit die Interessen der älteren Generation volle Berücksichtigung finden.

Denn möglichst schnell ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist dabei nur ein Aspekt. Länder und Gemeinden müssen auch

prüfen, welche politischen Vorgaben nötig sind, damit Gruppen in besonders vulnerablen Lebenslagen selbstbestimmt wohnen können.

In welchen Bereichen unbedingt nachgebessert werden müsste, finden wir zum Beispiel in der 2025 erschienenen Wohnbroschüre der KPÖ-Wien:

*„Insbesondere im Bereich des öffentlichen Wohnbaus muss Barrierefreiheit eines Anteils der Wohnungen durch Sanierung bestehender Anlagen hergestellt werden. Das bedeutet nicht nur im Zugang, sondern auch in den Wohnungen selbst (Badezimmer & WC, Breite der Gänge & Türen etc.). Es muss das Ziel sein, selbstbestimmtes Wohnen in der bekannten Umgebung – im selben Wohnhaus oder der Nachbarschaft – in jedem Alter, Lebensabschnitt und nach den individuellen gesundheitlichen Möglichkeiten zu schaffen. Ein Teil könnte als adaptierbare Wohnungen konzipiert werden.“*

Der österreichische Gesetzgeber regelt in der bundesweiten Bauordnung die völlige Barrierefreiheit für sämtliche öffentliche Gebäude. Wobei unter Barrierefreiheit zu verstehen ist, dass ein Gebäude oder auch ein einzelner Raum für Menschen mit Behinderungen und anderen gesundheitlichen Einschränkungen gut zugänglich und zu nutzen ist. Schon eine Stufe ist ein gutes Beispiel für einen nicht barrierefreien Zugang. Wenn der Rollstuhl nicht in den zu engen Fahrstuhl passt oder der Knopf für die dritte Etage nicht erreicht werden kann, ist das ebenso wenig barrierefrei wie eine zu schmale Tür.

### Verpflichtende Herstellung der Barrierefreiheit

Wenn der Gesetzgeber also sehr penibel auf Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden achtet, dann ist es aus unserer Sicht absolut legitim, dies auch für den privaten Bereich zu fordern. Es ist nicht einzusehen, dass mit unserem Steuergeld nur der öffentliche Bereich abgedeckt wird, die private Immobilienwirtschaft selbst aber keinen Cent dafür beiträgt. ■

# Pensionen im Visier der Budgetsanierung

Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) verkündete zur Budgetsanierung, es gäbe „schmerzliche Einschnitte, die für die Bevölkerung zu spüren sein werden“. Während Banken (2023: € 14 Mrd. Gewinn) und Energiekonzerne nur Bagatellbeträge beisteuern und milliardenschwerer Reichtum (die TOP 100 - davon 51 MilliardärInnen - wiesen 2024 ein Vermögen von € 211 Mrd. aus) steuermäßig als sakrosankt gilt, wird das gewöhnliche Volk kräftig geschoren.

Garniert mit Aufrufen zu Lohnverzicht und Senkung von Lohnnebenkosten - die Lohnbestandteile und Basis des Sozialstaates sind - geht es auch den Pensionen an den Kragen. Als ersten Schritt kommen die „aktiven“ PensionistInnen mit einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge von 5,1 auf 6% ab 1. Juni 2025 dran. Das bringt 200 Millionen schon heuer, 2026 dann 400 Millionen.

## Künftige PensionistInnen auf der Agenda

Die meisten Anschläge betreffen jedoch erst künftige Pensionist:innen:

- Zwar scheut man eine offene Ansage für eine Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters (derzeit 65), doch sieht die Koalition eine als „gesetzlicher Nachhaltigkeitsmechanismus“ titulierte Automatik vor. Für den „Wirtschaftsweisen“ Holger Bonin (IHS) ein „Fehler“, weil budgetär gäbe es ohne „große Pensionsreform“ zudem „keinen Spielraum für anderes“.



- Fix ist die Hinaufsetzung vom 62. auf das 63. Lebensjahr und von 40 auf 42 Versicherungsjahre bei der Korridor pension, die bekanntlich mit Abschlägen von 5,1% pro Jahr verbunden ist.
- Das Finanzkapital wird mit einem Generalpensionskassenvertrag bedient, welcher die Umschichtung der „Abfertigung Neu“ (1,53% des Bruttolohns) in die Betriebspension ermöglicht. Damit fallen die Lohnabhängigen um die Auszahlung der Abfertigung um. Die NEOS-nahe *Agenda Austria* möchte überhaupt 3,47% der 22,8% Sozialabgaben zu den Pensionskassen umschichten.

## Aus für geblockte Altersteilzeit

Ab 2026 soll die Altersteilzeit mit der Teilpension verschränkt - im Re-

gierungsjargon „mit dem System der Teilpension harmonisiert“ - werden. Zwar fehlt noch eine genaue Definition, jedenfalls erwartet sich die Koalition damit eine Entlastung des Systems: Die Teilpension ist „im Wesentlichen auch keine Pensionsleistung, sondern eine neue Form der Altersteilzeit“, betont man auf der Website des Sozialministeriums. „Als zu teuer und kontraproduktiv“ stellte AMS-Chef Johannes Kopf die 2000 eingeführte Altersteilzeit in Frage und fordert sie „deutlich einzuschränken“. Im Februar 2025 nahmen 36.000 ältere Erwerbstätige diese Form - entweder geblockt (die erste Hälfte im Vollerwerb, die zweite im „Zeitausgleich“) oder kontinuierlich (durchgehend reduzierte Arbeitszeit) - in Anspruch. Eine völlige Abschaffung will Sozialministerin Korinna Schumann (SPÖ) nicht, das Programm sei wichtig, „um Menschen in Beschäftigung zu halten, die sonst aus dem Erwerbsleben ausscheiden würden“.

Bisher konnten Männer ab 60, Frauen derzeit 4,5 Jahre davor - was bis 2033 durch Anpassung des Pensionsalters aufgehoben wird - für fünf Jahre die Arbeitszeit um 40 bis 60 Prozent reduzieren. Dies ist - trotz AMS-Zuschuss von 42,5 (2024) rückläufig bis 10 (2028) Prozent (geblockt) bzw. 90 (kontinuierlich) Prozent für Verdienstentgang und entfallende Pensionskosten - mit einem Entgeltverlust von 20 Prozent brutto verbunden. Das schrittweise Aus für die geblockte Variante - hatte schon die schwarz-grüne Koalition - mit Unterstützung der NEOS - ab 2029 beschlossen.

## Der ZVPÖ kondoliert zum plötzlichen Ableben von Kollegen Peter Kostelka

Wir haben Kollegen Kostelkas profunde Kenntnisse und sein Engagement für die sozialen Anliegen der Seniorinnen und Senioren sowie die kollegiale

Zusammenarbeit im Seniorenrat geschätzt. Präsident Kostelkas Tod hinterlässt eine schmerzliche Lücke im Einsatz für uns Pensionistinnen und Pensionisten.

Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen und seinen Kolleginnen und Kollegen im PVÖ und im Seniorenrat.

Michael Graber, Bundesobmann  
Hans Höllisch, stv. Bundesobmann  
Herbert Fuxbauer, Bundessekretär



© PVÖ

## Teilpension – Teilarbeit

Beim neuen, laut Kopf ein „für den Staat billigeres Konzept“, kämen die Mittel aus der Pensions- statt aus der Arbeitslosenversicherung. Dazu wird ein Teil des Pensionskontos vorzeitig geschlossen, während noch in Teilzeit weitergearbeitet und dabei das Pensionskonto weiter mit Beiträgen gefüllt wird. Beim tatsächlichen Pensionsantritt wird dann der offene mit dem geschlossenen Teil des Kontos fusioniert.

Die fünf Jahre vor dem Regelpensionsalter mögliche Altersteilzeit soll in das Ganze eingegliedert werden, sodass diese nur so lang in Anspruch genommen werden kann, bis man in die - aus Sicht des Staates günstigere - Teilpension geht. Da ab 2026 auf Drängen der ÖVP eine „Flat Tax“ für Zuverdienste zur Pension vorgesehen ist, entfällt auch die bisherige Begrenzung bis zur Geringfügigkeitsgrenze. Diese Betragsgrenze soll es dann auch bei der Teilpension nicht geben. ■

### Wiener Landeskonzferenz: Mittwoch, 18. Juni Beginn 10:00

#### Ort:

1040 Wien,  
Gußhausstraße 14, Tür 3

#### Tagesordnung:

- 1) Referat und Diskussion über das aktuelle Regierungsprogramm der Bundesregierung aus Sicht der PensionistInnen
- 2) Berichte über die vergangene Tätigkeit und Neuwahl der Wiener Landesleitung
- 3) Vorschläge aus Wien an den Bundestag am 22.10.2025 (TeilnehmerInnen, eventuelle Anträge)

Wiener ZVPÖ-Mitglieder, die an unserer Wiener Konferenz teilnehmen wollen, werden um Voranmeldung bis 11. Juni im Büro des ZVPÖ unter der e-mail Adresse: [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at), bzw. telefonisch 01/214 65 73 oder 0664/52677824 ersucht.

## ZVPÖ fordert

# Mitbestimmung der PensionistInnen in der Sozialversicherung

Seit langem fordert der Österreichische Seniorenrat im Namen aller SeniorInnenverbände Mitbestimmungsrecht in den Institutionen der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Diese Forderung wurde nun für die Österreichische Gesundheitskasse ÖGK dringend erneuert. Der ZVPÖ unterstützt die Forderung vehement. Anlass dazu ist die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für die PensionistInnen von 5,1% auf 6%, d.h. um 17,5%, die sowohl der Seniorenrat als auch der ZVPÖ energisch ablehnen (siehe dazu auch unseren Artikel in der Nummer 1/2025 von „aktiv LEBEN“).

Mit der Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen zur ÖGK durch die türkis-blaue Regierung unter Kanzler Kurz 2020 wurden die Entscheidungsgremien wesentlich zugunsten der Unternehmervertreter, also der Nichtversicherten, hinter dem propagandistischen Rauchvorhang einer „Patientenmilliarde“, geändert. Waren die Vertreter der Versicherten, die ja die Beiträge zur Krankenkasse aufbringen, mit einer Vierfünftelmehrheit durch Gewerkschaft und Arbeiterkammer vertreten, wurde nunmehr eine „Parität“ mit den Unternehmervertretern hergestellt. In der Praxis bedeutet dies, dass die Versicherten - einschließlich der PensionistInnen - keine Mehrheit mehr haben und daher nicht mehr autonom über die Milliarden, die die Gesundheitskasse verwaltet, bestimmen können. Die PensionistInnenvertreter sind zwar als Beiwagerl zugelassen, dürfen aber nicht mitstimmen. Zwei Millionen PensionistInnen, die größtes Interesse an der Verwendung der Mittel der ÖGK haben - ältere Menschen brauchen mehr Medikamente und medizinische Leistungen - sind von der Beschlussfassung ausgeschlossen und auf das Wohlwollen

der Unternehmervertreter in den Gremien angewiesen.

### Die „Parität“ in der ÖGK verfälscht den Zweck der Selbstverwaltung

Auch die über die Dienstgeberbeiträge eingehobenen Krankenkassenbeiträge (3,78% der Lohnsumme) sind letztlich Lohnbestandteile, und



zu den Beiträgen der PensionistInnen tragen die Unternehmen Null Euro bei.

Trotzdem kann in der ÖGK nichts gegen die Stimmen der Unternehmervertreter beschlossen werden. Das zusätzliche Stimmrecht für die PensionistInnenvertreter könnte diese „Parität“ zugunsten der Versicherten aufbrechen. Leider ist im Programm der neuen Regierung nichts dazu vorgesehen, obwohl die SPÖ seinerzeit die Änderung der Machtverhältnisse durch die Kassenreform angeprangert und kritisiert hat.

Der ZVPÖ ist darüber hinaus der Meinung, dass die Versichertenvertreter - für Unselbständige und PensionistInnen - gewählt werden sollten, z.B. im Zuge der Arbeiterkammerwahlen. ■

# Forderungen des ZVPÖ

## zu Teuerung und Sozialem

- Anpassung der Pensionen an die derzeitigen Teuerungsraten, nicht als Einmalzahlung, sondern als Bestandteil der Pensionsberechnung. In Zeiten hoher Inflation muss die Pensionsanpassung viertel- oder halbjährlich erfolgen.
- Wohnen, Betriebskosten und Heizenergie müssen von der Mehrwertsteuer befreit werden.
- Mieten und Grundnahrungsmittel müssen gedeckelt bzw. preisreguliert werden.
- Die Messung der Teuerung muss in einem Index ausgewiesen werden, der für PensionistInnenhaushalte typisch ist.
- Der Verband tritt für eine Energiegrundsicherung ein, die einen Durchschnittshaushalt mit kostenloser Basisenergie versorgt.
- Der Ausgleichszulagenrichtsatz muss deutlich über die Armutsschwelle angehoben und der Familienrichtsatz muss abgeschafft werden.

## Aktiv leben – Mach mit im ZVPÖ!

Der **ZENTRALVERBAND DER PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN ÖSTERREICHS – ZVPÖ** versteht sich als Interessensvertretung aller Seniorinnen und Senioren. Wir sind ein überparteilicher Verband und lassen uns ausschließlich von den Interessen der älteren Generation und von keiner Parteipolitik leiten.

Der Zentralverband der Pensionistinnen und Pensionisten Österreichs ist mit Expertenstatus beim Österreichischen Seniorenrat vertreten.

### **MITGLIED WERDEN IST NICHT SCHWER, ...**

Wir nehmen kritisch zu allen Fragen Stellung, die die Interessen der älteren Generation berühren. Wir enga-

gieren uns für eine fortschrittliche Entwicklung in den gesetzlichen Bestimmungen der Sozialversicherung und gegen alle Versuche, die soziale Sicherheit in Österreich zu verschlechtern.

Neben unserer Beratungstätigkeit tragen unsere vielen Verbandsaktivitäten (Zusammentreffen, Veranstaltungen, Museums- und Ausstellungsbesuche, Wanderungen, Ausflüge und Reisen) zu einer aktiven, abwechslungsreichen und gemeinsamen Freizeitgestaltung bei.

Wir freuen uns über jede/n, die/der uns näher kennenlernen will!

**... HILFT IHNEN UND UNS ABER SEHR!**

## **aktiv**LEBEN

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:  
„aktiv leben“ • Organ des Zentralverbandes  
der Pensionistinnen und Pensionisten  
Österreichs • Gegründet 1924

Herausgeber und Verleger:  
Zentralverband der Pensionistinnen und  
Pensionisten Österreichs.  
Redaktion: 1020 Wien, Praterstraße 54/8a  
Tel.+Fax: 01/214 65 73,  
E-Mail: [zvpoe@aon.at](mailto:zvpoe@aon.at). Fotos: Archiv.  
Grafik und Herstellung: [typothese.at](http://typothese.at)

P.b.b. – Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien Z-Nr.: GZ 02Z030662M  
**Retouren an ZVPÖ, Praterstraße 54/8A, 1020 Wien**